

**Langzeitherrscher**  
Russlands Wirtschaft stagniert - trotzdem ist Putin beim Volk weiter populär. 5

**Zeitungstellung**  
Das EU-Parlament lässt Vor- und Nachteile der Sommerzeit abklären. 26

**Electroboy**  
Rausch und Absturz: Florian Burkhardts Weg zurück in ein normales Leben. 27



**Dario Cologna**  
Der Langläufer ist Fahnenträger - und geht als Favorit in die Olympiarennen. 16/17

AZ 3000 Bern 1

Anzeige

**Fondue-Veranda**  
Täglich: mittags und abends  
Herzlich willkommen

Alter Aargauerstalden 31b  
3006 Bern, T 031 331 32 06  
www.rosengarten.be

RESTAURANT  
ROSENGARTEN

# Der Bund

Freitag, 9. Februar 2018 - 169. Jahrgang, Nr. 33 - Fr. 4.20 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung - gegründet 1850

## Heute im «Bund»

Deutschland  
**Sigmar Gabriel greift SPD-Parteiführung an**

Nach der Einigung mit der CDU streitet die SPD über die Personalentscheide. Sigmar Gabriel, der der neuen Regierung wohl nicht mehr angehören wird, macht der Parteiführung Vorwürfe. - Seite 2

Kanton Waadt  
**Broulis profitiert von einem grosszügigen Steuerregime**

Der freisinnige Waadtländer Finanzdirektor Pascal Broulis entrichtet seine Steuern in der Landgemeinde Sainte-Croix, obwohl er sein Berufs- und Privatleben nach Lausanne verschoben hat. - Seite 6

Datenleck  
**Kritik an der Swisscom wird immer lauter**

Nach dem Datenleck bei einem Partner der Swisscom äussern VIP-Mobilfunkkunden und private Nutzer Kritik an der Informationspolitik. Im Fokus steht der extra eingerichtete SMS-Kanal. - Seite 11

Ski alpin  
**Neue Vorwürfe gegen österreichische Säulenheilige**

Im österreichischen Skisport gibt es neue schwere Missbrauchsvorwürfe. Betroffen ist diesmal auch Karl «Charly» Kahr sowie erneut Toni Sailer. - Seite 15

Tram Ostermundigen  
**Regierungsräte engagieren sich im Abstimmungskampf**

Fast der gesamte Berner Regierungsrat sitzt im Pro-Komitee zum Tram Ostermundigen. Dies sei unverhältnismässig, sagen Kritiker. - Seiten 20 und 21

Kino  
**Quentin Tarantino gerät wegen Interviews unter Druck**

Die #MeToo-Debatte in Hollywood hat auch Quentin Tarantino erreicht. Ist vielleicht gar die Karriere des Kultregisseurs in Gefahr? - Seite 29

## Meinung & Analyse

**«Sind die Leute wachsamer geworden - oder schlicht hysterisch?»**

Alexandra Kedves über Machtmissbrauch am Theater, wo die Körpersprache dazugehört. - Seite 8

Philippe Zweifel über den Forrest Gump der Musikhistorie. - Seite 8

## Service

Meinungen/Leserbriefe - 8/23  
Börse - 13  
Kinoprogramm - 22  
Wetter - 23  
Fernsehen & Radio - 24/25  
Todesanzeigen/Danksagungen - 30  
Berner Kultur - 31

## Oberster Schweizer Historiker wirft dem Bund Zensur vor

Die verschollenen P-26-Akten seien Teil eines grösseren Problems, sagt Sacha Zala.

**Christoph Lenz und Markus Häfliger**

Die verschwundenen Geheimakten zur Widerstandstruppe P 26 seien «nur die Spitze des Eisbergs». Die ganze Affäre zeige, dass die Bundesverwaltung ein generelles Problem habe im Umgang mit wichtigen Staatsdokumenten, sagt Sacha Zala, der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte.

Laut Zala müssten die verschollenen P-26-Akten längst im Bundesarchiv sein. So sehe es das Gesetz vor. Doch die Probleme im Umgang mit wichtigen Akten reichten viel weiter. Bei vielen Bundesstellen gelte schlicht das Prinzip: «In dubio pro Zensur», sagt Zala. So würden viele Akten einer Schutzfrist von 50 oder

gar 80 Jahren unterstellt anstelle der normalen 30 Jahre. Zwar könnten Historiker auch während der Schutzfrist Einsichtsgesuche stellen. Dabei würden ihnen aber hohe Hürden in den Weg gestellt.

**«Von Amtes wegen paranoid»**

Besonders gross seien die Widerstände etwa bei der Finanzmarktaufsicht und im Justiz- und Polizeidepartement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. «Je höher die Juristendichte» in einem Amt, «desto schwieriger und kafkaesker wird es für uns Historiker», sagt Zala. Im Verteidigungsdepartement komme erschwerend dazu, dass die Abteilung Informations- und Objektsicherheit «quasi von Amtes wegen dafür bezahlt ist, paranoid

zu sein. Für sie wäre es wohl am besten, sie könnten alles wegbunkern», sagt Zala. Er zeigt sich überzeugt, dass 99,9 Prozent der P-26-Akten bereits heute freigegeben werden könnten. Tatsächlich stehen sie aber bis 2041 unter Verschluss. Nun sei die Wahrscheinlichkeit «sehr gross», dass man den Inhalt der verschollenen Dokumente nie erfahren werde.

Die restriktive Einsichtspraxis sorge dafür, dass die Bedingungen für die Geschichtsforschung heute «massiv schlechter als vor zwanzig Jahren» seien, bilanziert Zala. Dies verursache dem Bund auch grosse Kosten. Beim Bund sei «eine Armee von Juristen» nur mit «den aus der Zensur entstehenden Problemen» beschäftigt. - Seite 7

## Tausendsassa unter Wasser



Foto: Stephen Dalton (Prisma/Dukas)

Der Axolotl existiert schon seit 350 Millionen Jahren. Der urtümliche Lurch wird praktisch nie erwachsen und fristet sein Dasein als eine Art Dauerlarve. Sein Genom ist zehnmal grösser als das eines Menschen. Jetzt ist sein Geheimnis gelüftet worden. (klb) - Seite 31

## Subventionstricks von Postauto werden Chefsache

Meinungsführer im Parlament halten sich zwar mit Sanktionsforderungen zurück, verlangen aber eine lückenlose Aufklärung der Postauto-Affäre. Vermutlich werden sich die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat um die von Postauto Schweiz unrechtmässig bezogenen Subventionen kümmern. Eine Subkommission hat mit ers-

ten Vorabklärungen begonnen. Immer mehr gerät Susanne Ruoff ins Zentrum des Interesses - und damit die Frage, was die Post-Chefin zu welcher Zeit gewusst hat. Post-Präsident Urs Schwaller liess gestern ausrichten, dass die mit der Untersuchung beauftragten Experten direkt an ihn rapportieren werden. (bwi) *Kommentar oben rechts, Seite 9*

## Schweigsamer Wahlkandidat

Politikerinnen und Politiker im Kanton Bern sind im Wahlkampfmodus. Um dem Stimmvolk ihre Ansichten zu verdeutlichen, erstellen viele ein Profil auf der Wahlempfehlungsseite Smartvote.ch. Nur Regierungsrat Christoph Ammann (SP) verzichtet als einziger der Bisherigen auf das Ausfüllen des Fragebogens - wegen des Kollegialitätsprinzips, wie er sagt. (mck) - Seite 19

## Kommentar

Andreas Valda

## Die Unterschrift der Post-Chefin war nichts wert

Im Skandal um illegal bezogene Subventionen von Postauto Schweiz wird noch mehr ans Licht kommen. Heute ist eine Zwischenbilanz möglich. Auf Druck der Presse wurde gestern klar, dass alle wichtigen Beteiligten - der Bundesrat als Vertreter des Aktionärs, die Post und die Aufsicht - seit November 2012 wussten, dass Postauto sich nicht ans Subventionsgesetz hielt. Die Vertreter des Bundesrates machten an einer Sitzung damals klar: Für durch den Steuerzahler finanzierte Postautolinien gilt die Vorgabe «null Gewinn».

An dieser Sitzung sass auch Post-Chefin Susanne Ruoff, der Postauto-Chef und sein Finanzchef. Ruoff wusste seit sechs Jahren, dass bei der Tochter Postauto etwas systematisch falsch lief. Was sie damals intern veranlasste, wissen wir nicht.

Die Post hat eine interne Kontrollstelle, eine interne Revision und eine externe Revisorin, die KPMG. Diese drei mussten für eine «faire und wahre Jahresrechnung» sorgen, die die Postleitung Ende Jahr unterschrieb. Diese vier haben versagt. Sonst wäre die Täuschung früher aufgefliegen. Um es mit dem Chef der Aufsicht, Peter Füglistaler, zu sagen: Auf die Unterschrift von Ruoff musste Verlass sein.

Ruoff und ihr Finanzchef könnten sich retten, wenn sie nachweisen, dass es unmöglich war, die Buchungstricks zu erkennen. Die Indizien sprechen gegen sie. Es herrschte ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Post und den Bestellern. Postauto wies in Offerten zu hohe Kosten aus nach dem Motto «Vielleicht merken sie es nicht». Wenn die Kantone oder die Aufsicht reklamierten, strich die Firma diese wieder raus. Eine Unterfirma verkaufte der anderen Leistungen zu überhöhten Preisen, diese verrechneten sie dem Staat. Dass die Preise zu hoch waren, fiel den Kantonen auf. Doch Postauto übergab deren Klagen. Die Aufsicht hat(te) bloss 15 Leute, um die Offerten zu plausibilisieren, und 2,6 Stellen, um Hunderte Jahresrechnungen zu prüfen. Umso mehr gilt: Wenn sich die Aufsicht nicht auf Ruoffs Unterschrift verlassen kann, haben sie und ihr Team bei der Post nichts mehr zu suchen.

## Plötzlich ein Problem mit den Pfarrern

Soll ein bernischer Pfarrer noch im Parlament der Landeskirche sitzen, wenn er ein Angestellter dieser Landeskirche ist und nicht mehr Staatsangestellter? Die Katholiken werden diese Frage voraussichtlich verneinen. Bei den Reformierten wird sie seit Mitte Woche hitzig diskutiert. Der Kirchgemeindefverband hat sie aufgeworfen, der Pfarrverein reagiert verärgert. (db) - Seite 19

Mit «Immobilienmarkt»  
Seiten 32 und 34

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch  
Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Insetrate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: insertate@derbund.ch Abbonemente Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif), Mail: abo@derbund.ch

